

Europawoche der IHK vom 04. – 09. Mai 2009

Europatag am 08. Mai 2009:

Berufsschüler diskutieren mit einem Europa-Parlamentarier

Die IHK Nürnberg hat im Rahmen ihrer Europa-Woche am 08. Mai 2009 einen Europatag für fünf Klassen aus drei Nürnberger Berufsschulen veranstaltet und zu einer Diskussion mit Herrn Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Quästor und Präsidiumsmitglied des Europäischen Parlaments, eingeladen.

Die Berufsschule 4 hat mit zwei Klassen teilgenommen: der FMS 11 A (Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung) mit Frau Susanne Edinger und der WVS 11 E (Kaufleute für Versicherungen und Finanzen) mit Herrn Sven Schauer.

Der Vormittag gliedert sich in zwei Teile:

Teil 1:

- Begrüßung und Einführungsreferat zu die Unternehmen betreffenden EU-Fragen durch Frau Ursula Poller, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin.
- Informationen und Fragerunde zur Berufsausbildung und der Anerkennung bzw. Vergleichbarkeit auf EU-Ebene mit Herrn Udo Göttemann, Leiter des Fachbereichs Berufsausbildung.
- Informationen zu und schüleraktive Erarbeitung von Inhalten zur Wahl des Europäischen Parlament am 07. Juni 2009 mit Frau Ruth Heßdörfer, Fachbereichsleiterin für Allgemeine Wirtschaftslehre und Sozialkunde der B4.

Nach einer kurzen Pause beginnt

Teil 2:

Gesprächs- und Diskussionsrunde mit Herrn Dr. Ingo Friedrich, MdEP, moderiert von Herrn Göttemann.

Zunächst stellt Herr Dr. Friedrich in einer Einführung die notwendige Mobilität für die Auszubildenden und künftigen Mitarbeiter heraus, die bei Beschäftigungen in Europa und weltweit von den Unternehmen erwartet wird. Dabei weist er auch auf die Besonderheiten, die sich für das Arbeitsverhältnis ergeben können, hin.

Auf die an die Schülerinnen und Schüler gestellte Frage, welchen Zweck die EU habe, geht Herr Dr. Friedrich auf Aspekte ein wie

- die Sicherung des Friedens und
- erforderliche europaweite Regelungen, um z. B. Monopole zu verhindern, Steuern zu vereinheitlichen, Handygebühren anzugleichen, Produktpiraterie zu bekämpfen, Finanzmarktprobleme gemeinsam anzugehen.

Der Nationalstaat kann dabei vieles alleine nicht mehr leisten, sogar die europäische Dimension kann zu klein sein. Außerdem wird beobachtet, dass den Menschen teilweise nicht mehr bewusst ist, warum die EU gebraucht wird und dass Kleinigkeiten oft zu hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird, z. B. „Salz im Brot ...“.)

Dann wird die Fragerunde für die Schülerinnen und Schüler eröffnet (in Auszügen):

Inwieweit sind die Strukturen in der Europäischen Union demokratisch? Das Europäische Parlament wird zwar direkt gewählt, andere Institutionen wie z. B. der Ministerrat sind aber nicht wählbar.

Herr Dr. Friedrich ging auf die zunehmende Macht des Europäischen Parlamentes bei der Gesetzgebung ein mit der Idee, dass der Ministerrat teilweise wie eine zweite Kammer beim Gesetzgebungsverfahren (ähnlich dem Deutschen Bundesrat) gesehen werden kann.

Gibt es Bedenken zum EU-Beitritt neuer Länder? Können bestimmte Länder überhaupt mithalten?

Herr Dr. Friedrich: Dabei geht es darum, alle Daten und Fakten gegeneinander abzuwägen und nicht allein um die Frage, ob Bedenken bestehen. Die neuen Länder funktionieren besser als gedacht, das Interesse an wohlhabenden Nachbarn und Marktchancen ist hoch, die Identitäten der Menschen sind mehrdimensional.

Inwieweit werden bestimmte Regelungen wie z. B. die Energiesparlampe aufgezwungen?

Herr Dr. Friedrich: Nicht immer genügt allein der Appell an die Vernunft. Dann müssen Anreize bzw. Regeln gesetzt werden. Häufig ist es leider so, dass bei einem gefasstem Beschluss die Schuld im System („So ein Europa will ich nicht.“) gesucht wird, nicht bei einem Politiker.

Wie viel Prozent der Gesetzgebung in Deutschland werden durch die EU-Gesetzgebung beeinflusst?

Herr Dr. Friedrich: Des gibt Themen, die nur Deutschland betreffen, z. B. Sozialversicherung, Besoldung von Beamten. Es gibt aber auch zahlreiche EU-Themen wie Binnenmarkt, Verbraucher-, Umweltschutz, Wirtschaftsrecht Wettbewerbsrecht, die zu 80 % und die Agrarpolitik, die zu 95 % die deutsche Gesetzgebung beeinflussen.

Zusammenfassend stellt Herr Dr. Friedrich drei Gründe, die für das Europäische Parlament sprechen, heraus:

- Das Europäische Parlament (EP) gilt als prägende Kraft in Europa.
- Das EP hat politisch-inhaltliche Auswirkungen durch z. B. linke, liberale, konservative Politik.
- Das EP zeigt personelle Schwerpunkte durch die jeweiligen im Parlament vertretenen Abgeordneten.

Zum Schluss bedankt sich Herr Göttemann bei Herrn Dr. Friedrich und allen Beteiligten für die lebhafteste Diskussionsrunde.







